

Ratsbürgerentscheid in Winterberg. Wie ist die überraschende Wende in dieser Auseinandersetzung richtig einzuordnen oder zu verstehen? Jetzt wollen der Bürgermeister und der Ältestenrat die Abstimmung über die künftige Schullandschaft durch einen sogenannten Ratsbürgerentscheid herbeiführen. Damit soll vermutlich das Vorhaben der Siedlinghauser Bürgerinitiative torpediert werden.

Merkwürdig ist, dass diese Entscheidung über die drohende Schulschließung der Verbundschule in Siedlinghausen jetzt auf einmal vom Wahlbürger und nicht vom Schulträger (Stadt Winterberg) getroffen werden soll. Ein politisches und juristisches Spiel auf dem Rücken der Kinder/Eltern und eines ganzen Ortsteils? Wie wirkt sich diese Aktion auf das Zusammenwirken der Kernstadt mit den Ortsteilen Altenfeld, Silbach und Siedlinghausen aus? Ist den Bürgern Winterbergs eigentlich bewusst, dass der umstrittene Ratsbeschluss auch negative, weil existentielle Auswirkungen auf den Schulstandort in der Kernstadt haben kann? Es gibt zu Recht weitere kritische Fragen, die man im Vorfeld hätte klären müssen. Zum Beispiel die nicht unerhebliche Frage nach einer seriösen neutralen Kostendarstellung. Einen besseren Umgang mit betroffenen Bürgern hat die Stadt Medebach in Oberschledorn (mögliche Schließung der Grundschule) eingeschlagen, indem sie die Eltern und Kinder von vornherein beteiligt hat. Zitat von Ortsvorsteher Willi Dessel: „Es ist für jeden Ort schlimm, wenn die Schule schließen muss. Es stirbt ein Stück Lebensqualität.“

Transparenz in der Sache und ausreichende Kommunikation mit den Bürgern hätte das Aufwerfen von Gräben verhindern können. Ferner stellt sich auch die Frage: Wie beeinflussen die Klagen der Eltern vor dem Verwaltungsgericht in Arnsberg den jetzt angestrebten Entscheid? Unverständlich ist auch die Aussage des Medebacher CDU-Fraktionsvorsitzenden Johannes Rabe: „Mit rund 2000 Einwohnern aus Siedlinghausen blockieren etwa acht Prozent unserer Gesamteinwohner die interkommunale Zusammenarbeit“.

Unsere Meinung dazu: Jeder Bürger und auch jeder Ort sollte das Recht haben – nach demokratischen Spielregeln – für eine Sache zu streiten und besonders für den Erhalt eines Schulstandortes. In den Ortsteilen geht schon durch den demografischen Wandel viel verloren.

Noch wichtig zu wissen: Wir sind keine betroffenen Eltern und engagieren uns auch nicht in der Bürgerinitiative. Wir erwarten aber vom Bürgermeister und vom Rat der Stadt Winterberg eine faire Auseinandersetzung/Behandlung in dieser wichtigen Angelegenheit.

Andreas Pieper und Walter Hoffmann, Siedlinghausen